



# STUDIERENDENPARLAMENT

## Das Präsidium

c/o AStA der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf  
Gebäude 25.23.U1 – Universitätsstraße 1 – 40225 Düsseldorf  
Tel.: (0211) 81-13281 (Sekretariat) – Fax: (0211) 81-13290 – E-Mail: sp@asta.hhu.de

2.12.23

An das Studierendenparlament

## **Antrag: Muslim\*innen auf dem Campus - gesehen und unterstützt werden**

**Initiative: MHG Düsseldorf**

**Antragstellende: Nahari Ibrahim, Houda Alioui**

### **Das Studierendenparlament der Heinrich-Heine-Universität möge beschließen:**

Zum Schutz und zur Unterstützung palästinensischer und muslimischer Studierender sollen folgende Maßnahmen ergriffen werden:

Der AStA der Heinrich-Heine-Universität soll sich bei der Universitätsleitung dafür einsetzen, dass

- eine professionelle Seelsorge und weitere Möglichkeiten zur psychologischen Betreuung von Studierenden bei besonderer Notwendigkeit, wie dem aktuellen Kriegsgeschehen, neu geschaffen und intensiviert werden. Diese Angebote sollten medial beworben werden, um eine Vielzahl an Studierenden zu erreichen.
- Informations- und Lehrveranstaltungen mit aufklärerischem Charakter zum Thema antimuslimischen Rassismus angeboten und eine verantwortliche Institution hierfür festgelegt werden.
- Schulungen für Mitarbeitende der Hochschule zur Sensibilisierung gegen antimuslimischen Rassismus eingerichtet werden.
- seitens der Universitätsleitung ein Konzept zum Umgang mit Fällen, denen Hintergründe antimuslimischer Rassismen zugrunde liegen, erarbeitet wird. Dieses Konzept sollte die Zusammenarbeit der verschiedenen Antidiskriminierungsstellen anstreben und deren Kommunikation verbessern, um einen einheitlichen Umgang mit Diskriminierungsfällen zu schaffen.
- palästinensisches Leid und antimuslimischer Rassismus in weiteren Statements der Universität explizit benannt werden.
- das Referat gegen Faschismus, Antisemitismus, Rassismus und Diskriminierung des AStAs (Anti-FaRaDis) institutionell unterstützt wird, um nachhaltige und qualitative Arbeit des Referats zum Schutze der Studierenden zu gewährleisten.

Der AStA der Heinrich-Heine-Universität soll

- Veranstaltungen mit aufklärendem Charakter für Studierende zum Thema antimuslimischen Rassismus ausrichten.

### **Begründung:**

Antimuslimischer Rassismus ist, wie andere Diskriminierungsformen auch, schon immer ubiquitär anzutreffen, wovon die Universität keine Ausnahme bildet. Dennoch wird es als solcher nicht wahrgenommen und benannt. Wie weit antimuslimischer Rassismus in Universitäten verbreitet ist, lässt sich allerdings nicht genau sagen, da es dazu kaum Forschung gibt. Jedoch lässt sich mit großer Sicherheit sagen, dass die Fälle, denen antimuslimischer Rassismus zugrunde liegt, seit dem 7. Oktober in Deutschland stark zugenommen haben, was auch an Hochschulen auf einen Anstieg hindeuten könnte.

Der Krieg im Nahen Osten hat einen tiefgreifenden Einfluss auf die Studierenden unserer Universität. Während Menschen in Israel und den palästinensischen Gebieten ihr Leben verlieren, erleben wir in Deutschland zwei höchst kritische Phänomene:

Zum einen wird die Solidarität muslimisch oder arabisch gelesener Menschen mit der israelischen Zivilbevölkerung pauschal hinterfragt. Sie geraten in den Generalverdacht des Antisemitismus und der Terrorunterstützung, die durch Forderungen seitens der Politik, sich klar von Antisemitismus und der Hamas oder anderen Gruppierungen zu distanzieren, oder durch Vorwürfe eines von Muslim\*innen und Palästinenser\*innen importierten Antisemitismus, befördert wird.

Zum anderen zeigt sich oft, dass Beileidsbekundungen vornehmlich israelischen Opfern gewidmet sind. Palästinenser\*innen werden, wenn überhaupt, nur indirekt und ohne explizite Benennung mitgemeint, wodurch deren Leid marginalisiert und nicht sichtbar gemacht wird.

Beide Phänomene haben leider auch unseren Campus erreicht. Auch auf unserem Campus haben viele Studierende das Gefühl, dass palästinensisches Leid unsichtbar gemacht, gar kriminalisiert wird, und dass muslimische Studierende unter den Generalverdacht des Antisemitismus gestellt werden.

Weder bei den Statements der Universität noch bei der Rundmail zur Eskalation im Nahen Osten vom 23. Oktober 2023 werden Palästinenser\*innen oder palästinensische Gebiete explizit benannt. Gleiches gilt für antipalästinensischen und antimuslimischen Rassismus. Dadurch fühlen sich betroffene Studierende ungehört, ungesehen, außen vorgelassen und sogar auf dem Campus der HHU nicht willkommen.

Hinzu kommt die Angst, sich insbesondere als Studierende\*r mit einem palästinensischen und/oder muslimischen Hintergrund, mit dem palästinensischen Volk zu solidarisieren und mit Sanktionen gesellschaftlicher oder akademischer Art konfrontiert zu werden. Palästinensische bzw. muslimische Studierende trauen sich beispielsweise nicht, eine Kufiya („Palästinensertuch“) zu tragen, da sie befürchten, als Hamas-Sympathisanten deklariert zu werden. Grund hierfür ist neben dem aktuellen politischen Klima auch die Rhetorik der Universität in ihren Statements. Auch wenn die Rektorin uns in einem Gespräch versicherte, dass das Tragen einer Kufiya oder einer palästinensischen Flagge weiterhin erlaubt ist, klingt die Angst der betroffenen Studierenden ohne eine eindeutige Positionierung seitens einer offiziellen Stelle der Universität, die klar stellt, dass die palästinensische Identität auf dem Campus willkommen ist, nicht ab.

Um antimuslimischem Rassismus weiterhin zu begegnen, müssen seitens der Universität Informations- und Lehrveranstaltungen sowohl für Mitarbeitende der Universität als auch ihren Studierenden angeboten werden. Dies ist unerlässlich, um eine Sensibilisierung im Umgang dessen zu bewirken. Hinzu kommt, dass es sehr begrüßenswert ist, wenn diese Aufgabe in den Tätigkeitsbereich einer weiteren ausgewählten Universitätsstelle, zusätzlich zum AStA, fällt, die sich darum bemüht, solche Veranstaltungen zu organisieren. Dies könnte beispielsweise im Rahmen des Studium Universale und der dazu angebotenen Wahlfächer von der Studierendenakademie geschehen.

Auch wenn die Vertreter\*innen der Universität ein politisches Statement aufgrund der politischen Neutralität meiden, dürfen dennoch erlassene Statements nicht auf Kosten einer bereits marginalisierten Gruppe geschehen, die in ihrem Alltag einer verstärkten potentiellen Gefahr ausgesetzt sind.

Die Rektorin Frau Prof. Dr. Steinbeck lobt über X Corp. die Rede von Robert Habeck vom 01.11.2023 zur Lage im Nahen Osten und spricht eine Hörempfehlung an alle Angehörigen der HHU aus. Eine Rede, bei der alle in Deutschland lebenden Muslime pauschal dazu aufgefordert werden, sich von Antisemitismus zu distanzieren. Dies ist nur ein Beispiel von vielen, das zeigt, dass eine Sensibilisierung für antimuslimischen Rassismus sowohl für die Studierendenschaft als auch für Mitarbeiter\*innen der HHU absolut notwendig

ist. Das pauschale Unterstellen von Antisemitismus darf nicht inflationär genutzt werden.

Das geradezu ignorante Verschließen vor der Tatsache, dass auch palästinensische Studierende unter uns sind, die einen Teil ihrer Familie, Freunde oder Verwandte in der Tragödie verloren haben, sie jedoch keine Ansprechpartner\*innen in der Universität haben, lässt diese Studierenden hoffnungslos und alleine zurück. Gleiches gilt für muslimische Studierende, die seit dem 07.10.2023 vermehrt antimuslimischen Rassismus erleben müssen. Die Universität muss dafür sorgen, dass Betroffene unterstützt werden. In einem Instagrambeitrag der HHU vom 20.10.2023 wird die MHG im Zusammenhang mit der Gewalteskalation im Nahen Osten als Seelsorge aufgelistet. Die MHG setzt sich aus Studierenden zusammen, die weder die Expertise noch die Kapazitäten oder finanziellen Mittel für eine Seelsorge haben. Der MHG die Aufgabe, Beratung von Studierenden, die von Kriegsgeschehen oder Diskriminierungserfahrungen betroffen sind, zu überlassen, ist fahrlässig und inakzeptabel. Dass dieser Beitrag auf den Hinweis der MHG gegenüber dem Rektorat nicht bearbeitet wurde, ist unzumutbar.

Wir fordern eine stärkere Unterstützung, die Schaffung und den weiteren Ausbau der Anlaufstellen der Universität, die auf psychologische Beratung von Studierenden, die von Kriegsgeschehen oder anderen Weltkatastrophen betroffen sind, spezialisiert sind. Die psychologische Beratung soll dabei von professionellen Psychotherapeut\*innen erfolgen, die zudem für verschiedenen Diskriminierungsformen, mitunter antimuslimischen Rassismus, sensibilisiert sind. Des Weiteren sollen diese Angebote medial beworben werden, um eine größere Anzahl an Studierenden zu erreichen.

Gleiches soll für Stellen der Universität im Kampf gegen Rassismus und Diskriminierung jeder Art gelten. Insbesondere das Anti-FaRaDis-Referat als wichtigste Anlaufstelle für Studierende muss besonders unterstützt und geschützt werden. Es muss ein Austausch sowie eine gemeinsame Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Antidiskriminierungsstellen der Universität bezüglich gemeldeter Fälle erfolgen. Dadurch sollen Referent\*innen entlastet werden, die sich ehrenamtlich neben ihrem Vollzeitstudium Studierenden widmen, die von Diskriminierung betroffen sind.

Des Weiteren fordern wir eine Ansprechperson, die die nötige Expertise besitzt, um Referent\*innen in besonders schwierigen Fällen zu unterstützen, sodass die Betreuung der ratsuchenden Studierenden professionalisiert wird. Zudem müssen universitäre Strukturen und Stellen, die nicht von Studierenden geleitet werden, ihre mediale Präsenz verstärken, da diese vielen Studierenden nicht bekannt sind.

Unser Ziel mit diesem Antrag ist die Sensibilisierung für antimuslimischen Rassismus, welcher ohnehin schon in universitären Strukturen eingebettet ist und aufgrund der tragischen Ereignisse immer mehr zum Vorschein gebracht wird. Wir als muslimische Studierende finden es wichtig und notwendig, dass die Universität sich gegen den Antisemitismus einsetzt. Wir erwarten dies auch im Zusammenhang mit antimuslimischem Rassismus. Wir sollten die Universität zu einem Rückzugsort machen, an dem alle Student\*innen willkommen sind und keine Angst vor jeglicher Diskriminierung oder Ausgrenzung haben.

Mit freundlichen Grüßen,

Nahari Ibrahim, Houda Alioui